

WELCHE IMPULSE DER ARBEITSMARKT BRAUCHT

Viele offene Stellen können derzeit in der Industrie nicht besetzt werden. Welche Schwerpunkte die Arbeitsmarktreform setzen sollte, zeigt die IV.



Österreichische Post AG,
MZ 03Z034897 M
Vereinigung der österreichischen Industrie,
Schwarzenbergplatz 4, 1030 Wien



AUSBLICK

Welche Schwerpunkte
die IV-Fachkräfteoffensive setzt

Seite 4



ANALYSE

Hohe Energiepreise
als Aufschwungsbremse

Seite 5



NIEDERÖSTERREICH

Neue Kampagne
gegen Fachkräftemangel

Seite 10

Wie die Slowakei den wirtschaftlichen Aufschwung nachhaltig stärken möchte

Bei einem Arbeitsbesuch in Bratislava diskutierte IV-Präsident Georg Knill mit slowakischer Spitzenpolitik und Industrie über industriepolitische Themen, die beide Länder verbinden.

Sie sind die Wachstumslokomotiven in Europa: Das Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw) erwartet für die 23 Länder der Zentral-, Ost- und Südosteuro-pas heuer einen BIP-Anstieg von 5,4 Prozent. Als einer der größten Investoren in der Region profitiert davon natürlich auch Österreich, das mit zahlreichen Unternehmen vertreten ist.

Nach drei Corona-Wellen in den vergange-nen 18 Monaten hat auch die Wirtschaft

in der Slowakei Fahrt aufgenommen. An-getrieben durch eine starke Industrie, deren Bruttowertschöpfung im zweiten Quartal des Jahres um knapp 27 Prozent zulegte. Wachstumszentren waren hier vor allem die Schlüsselbranche Automobilindustrie, aber auch die Herstellung von Metallerzeugnis-sen, elektrischen Ausrüstungen oder Gum-mi- und Kunststoffprodukten. Gebremst wird der Aufholprozess jedoch durch die weltweit mehr als angespannte Verfügbar-keit von notwendigen Rohstoffen. Zudem

besteht auch in der Slowakei beträchtlicher Fachkräftemangel. Das wiiw rechnete Ende Oktober mit einem BIP-Zuwachs von vier Prozent für heuer und 4,4 Prozent für 2022.

Umsetzung des EU-Wiederaufbau-fonds
Wachstumsimpulse setzt die Regierung unter Premier Igor Matovič mit einem in-vestiv angelegten Haushalt. 2021 wird die Staatsschuldenquote von 60 auf 65 Prozent ansteigen. Investitionen fließen vor allem in die Infrastruktur. Dabei ist die Verwendung von den 6,3 Mrd. Euro an Aufbaumitteln der EU wesentlich. (Zum Vergleich: Öster-reich erhält hier 3,5 Mrd. Euro.) Unter dem Titel „Innovative Wirtschaft; Moderner Staat; Gesunde Regionen“ geht es bis zum Jahr 2026 um Investitionen unter anderem in die Gebäudesanierung, nachhaltige Ver-kehrslösungen, die Dekarbonisierung der Industrie, Forschung und Entwicklung so-wie das Gesundheitswesen.

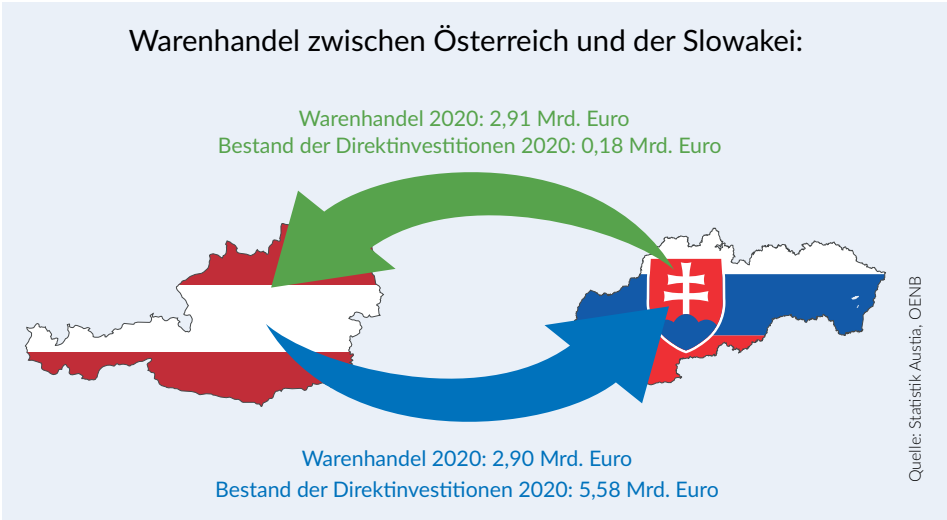
Schwerpunkte der Regierungspolitik, wie die Umsetzung des EU-Wiederaufbau-fonds, der auch Chancen für österreichische Unternehmen birgt, waren ebenso Thema bei einem Arbeitsbesuch von IV-Präsident Georg Knill in Bratislava im Oktober, wie der Weltklimagipfel in Glasgow und inter-nationale Handelspolitik. Im Gespräch mit



IV-Präsident Georg Knill mit dem slowakischen Vizepremier Richard Sulík

Vizepremierminister und Wirtschafts-mi-nister Richard Sulík, Umweltminister Ján Budaj und Staatssekretären im Finanz- und Wirtschaftsministerium konnten zudem An-liegen heimischer Unternehmen, die vor Ort tätig sind, erörtert werden.

Österreich zählt zu den größten Investoren in der Slowakei, mit rund 2.000 rot-weiß-roten Niederlassungen – davon 500 Pro-duktionsbetrieben. Die guten bilateralen Beziehungen zwischen den beiden Nach-barländern sind daher von massivem Inte-resse für die heimische Industrie.



Die Slowakei ist Österreichs elftichtigste Exportdestination, bei Importen steht sie an zehnter Stelle. Exportiert und importiert werden vor allem Produkte des Automotive-Sektors, Elektronik und Maschinen.

GASTKOMMENTAR

Ach, Deutschland

Warum die Gefahr relativ groß ist, dass unter der nächsten Regierung die Berliner Republik wieder einmal zum „kranken Mann Europas“ wird, und was das mit dem Züchten von Einhörnern zu tun hat.

Worum es in den nächsten Jahren in Deutschland, der mit Abstand wichtigsten Wirtschafts-macht Europas, wirklich geht, hat schon vor einem Jahr der Chef-redakteur der „Welt“, Ulf Poschardt, präzise auf den Punkt gebracht: „Im Superwahljahr 2021 wird sich entscheiden, ob Deutsch-land wieder der kranke Mann Europas wird, um bei den Moralweltspielen Gold zu holen – oder aber eine Art Innovations-Biturbo, der die lahrenden europäischen Volkswirt-schaften mitreißt, mit Künstlicher Intelligenz, Gentechnik, Wasserstoff und super effizien-ter Mobilität Bürgern mehr Freiheit und Le-bensqualität anbietet und gleichzeitig global Verantwortung übernimmt.“ diagnostizierte er: „Dazu muss es auch wegweisende Ant-worten auf die Herausforderungen des Klimawandels geben, die nicht wie bei den Grünen als eine Art nostalgische Reform-bewegung daherkommen, sondern absolute Modernität anstreben.“

Genau das ist der Punkt, aber heute, nach geschlagener Wahl und am Vorabend der Bil-dung einer neuen Bundesregierung in Berlin, sieht es leider nicht wirklich danach aus, als würde Deutschland zum „Innovations-Bi-turbo“ werden, zu einer Art europäischem

Silicon Valley zukunftsfitter Unternehmun-gen, durchdrungen von einem Spirit des Unternehmertums und der Innovation.

Wie dringend das in Wahrheit notwendig wäre, zeigt schon das deutsche Einhorn-Problem. Einhörner, also Start-up-Unter-nehmen mit einem Marktwert von einer Milliarde Dollar oder mehr, sind gleichsam die Leuchttürme der digital getriebenen Internet-Ökonomie – und davon gibt es in Deutschland viel weniger, als einer so technikaffinen Nation angemessen wäre. So kommt etwa Israel mit zehn Millionen Einwohnern auf 66 Einhorn-Unternehmen, während Deutschland bei 83 Millionen Menschen auf 19 derartige Erfolgsbetrie-be kommt; das Vereinigte Königreich weist mit 109 Einhörnern ebenfalls dramatisch mehr dieser Innovationsträger auf als die Berliner Republik. (Österreich liegt übrigens mit zwei in Relation etwa gleich schlecht wie Deutschland.)

Dahinter steht freilich ein ganz anderes Pro-blem, dessen Lösung von einer Regierung unter Führung der SPD und mit starker Grü-ner Beteiligung eher kaum zu erwarten ist. Denn in Deutschland – wie in vielen anderen Staaten – haben seit Beginn der Finanzkrise 2008, vor allem aber der Corona-Pandemie,

der Staat und die Staatsgläubigkeit massiv an Terrain gewonnen und die wirtschaftliche Freiheit ebenso massiv an Terrain verloren; nicht nur politisch und ökonomisch; sondern vor allem – und das ist viel schlimmer – in den Köpfen der Menschen. Der marxisti-sche Philosoph Antonio Gramsci hat vor 90 Jahren definiert, wie die politische Linke ihren Kampf gegen die Liberalen und das Bürgertum gewinnen kann. Es gehe vor al-lem darum, die kulturelle Hegemonie in den Debatten zu erringen, um dann die dahinter verborgenen Ziele zu realisieren.

Nicht nur Deutschland ist diesem Zustand in den vergangenen Jahren deutlich nä-her gekommen. Auch deshalb, weil sich die bisher staatstragende CDU unter Frau Merkel zu einer weitgehend sozialdemo-kratiierten Partei entwickelt hat, die dem kaum noch etwas entgegengesetzt hat; mit bekanntem Ergebnis. Das verhindert, unter anderem, eine andere ganz essenzielle Maßnahme, die dringend notwendig wäre: den Ausstieg Deutschlands aus dem völlig irrationalen und gefühlsgesteuerten Atom-Ausstieg. Anstatt, wie geplant, die letzten sechs verbliebenen Atomkraftwerke in den nächsten zwölf Monaten abzuschalten, wäre es grundvernünftig, deren Laufzeit zu verlängern – und damit den CO₂-Ausstoß

Deutschlands um zehn Prozent zu verrin-gern, weil damit umweltschädliche Kohle-meiler abgedreht werden könnten.

Werden sie aber nicht, Deutschland strebt wohl nach wie vor an, „bei den Moralwelt-spielen Gold zu holen“, statt auf Modernität zu setzen. Den Preis wird leider ganz Europa zu entrichten haben.



Christian Ortner lebt als Journalist in Wien, seine Kolumnen erscheinen in der „Presse“, der „Wiener Zeitung“, dem „Exxpress“ und dem neuen Magazin „Pragmaticus“. Er betreibt „OrtnerOnline.at“, das „Zentralorgan des Neoliberalismus“.

Fotos: IV, Jacqueline Godany

Die Wirtschaft kann nachhaltiges Wachstum...

...wenn die Rahmenbedingungen stimmen, um die anstehenden Herausforderungen bewältigen zu können.

Die Industrie sorgt weiter für good news in ganz Österreich: Die industriegetragene Erholung zeigt sich in einer bemerkenswert robusten Verfassung. Die Ergebnisse der aktuellen IV-Konjunkturumfrage weisen auf eine fortgesetzte konjunkturelle Erholung auch im kommenden Jahr hin. Zwar verringert sich die Expansionsdynamik im Vergleich zum heurigen Jahr erheblich, aber die Erholung bleibt erhalten (siehe Grafik des Monats).

Diese Entwicklung ist jedoch kein Selbstläufer. Eine Reihe von Herausforderungen müssen für die Betriebe bewältigbar sein. Dies gilt etwa für den sich weiter verschärfenden Arbeitskräftemangel (siehe Bericht Seite 4) sowie für Preissteigerungen und Verfügbarkeitsengpässe bei Industrierohstoffen, Energie und in der Vorproduktion (siehe IV-Analyse Seite 5).

Klar ist: Die Ursachen dieser Entwicklung können von einer mittelgroßen Volkswirtschaft wie Österreich nicht im Alleingang

beseitigt werden. Trotzdem müssen die negativen Auswirkungen durch kurzfristige Maßnahmen gedämpft und damit Wirtschaft und Arbeitsplätze vor Schaden bewahrt werden. Wichtig ist es, jetzt rasch und richtig zu handeln.

Für die Fachkräftesicherung wichtig: Der im Rahmen der Steuerreform erfreulicherweise beschlossene IV-Vorschlag der Mitarbeitererfolgsbeteiligung muss nun adäquat und möglichst schon für 2021/22 realisiert werden. Analog zur Corona-Prämie sollte sie brutto für netto ausgezahlt werden können. Das wäre fair und eine unbürokratische Lösung.

Zur Dämpfung der Energiepreisentwicklung wichtig: Die mit der Steuerreform angekündigte Härtefallregelung für energieintensive Unternehmen, die Betriebe vor Carbon Leakage schützen soll, muss ebenfalls rasch und richtig umgesetzt werden. Dabei sollte aus den deutschen Erfahrungen gelernt werden. In Deutschland erhalten Unternehmen einen finanziellen Ausgleich, wenn die



„Die Gefahr ist hochlatent. Europa hat sich in einer Art Selbstgefälligkeit eingeredet, dass wir die angenehmen Sachen wie Tourismus und Kultur machen und die ungeliebten Sachen wie Produktion die anderen.“

Werner Steinecker
Energie-AG-Generaldirektor

Brennstoffkosten mehr als 20 Prozent der Gesamtkosten ausmachen oder der Anteil der Zusatzkosten 20 Prozent der Bruttowertschöpfung übersteigen. Die Prozentsätze in Österreich sollten jedoch niedriger sein, da die Praxis in Deutschland zeigt, dass Mittelstandsunternehmen bereits Insolvenz anmelden mussten.

Es bleibt dabei: Die Industrie gibt nicht nur Stabilität in Krisenzeiten, sie ist auch das Rückgrat für wirtschaftliche Erholung in unserem Land. Aber dafür müssen die Rahmenbedingungen klug und wirksam verbessert werden. Genau dafür setzt sich die Industriellenvereinigung mit aller Kraft ein.

Ihr

Christoph Neumayer,
IV-Generalsekretär



„Angesichts der hohen Inflation und niedrigen Zinsen sollte aber über Veranlagungsalternativen nachgedacht werden, denn das Sparbuch eignet sich in diesem Zinsumfeld nur noch als kurzfristige Liquiditätsreserve und nicht zur Vorsorge.“

Gerda Holzinger-Burgstaller
CEO Erste Bank Österreich



„Die Energiewende darf keine Strafexpedition sein, sonst wird sie nicht gelingen. Wir werden diese Wende nur mit Innovation schaffen und mit einer Blüte an vielen neuen Energiemöglichkeiten. Wir dürfen aber nicht mit Schocknachrichten, Verboten und Drohungen agieren.“

Karl-Heinz Strauss
CEO Porr AG

IV-MEINUNG

Die Redaktion weist darauf hin, dass Redaktionsschluss der vorliegenden Ausgabe der iv-positionen der 8. November war. Aktuelle Informationen über spätere Entwicklungen finden Sie unter: www.iv.at

GRAFIK DES MONATS

Konjunkturerholung trotz Vielzahl an Störfaktoren

Hinter der Überschrift einer fortgesetzten Konjunkturerholung verbergen sich große Herausforderungen für die Unternehmen: nach wie vor bestehende Reisebeschränkungen, Preissteigerungen für Industrierohstoffe und Energie oder der Fachkräftemangel. Zum ersten Mal seit dem Ausbruch der Corona-Pandemie bildet sich das IV-Konjunkturbarometer, das als Mittelwert aus den Beurteilungen der gegenwärtigen

Geschäftslage und der Geschäftslage in sechs Monaten bestimmt wird, von 42,5 Punkten auf 39,5 Punkte zurück. Dieser (leichte) Rückgang des Konjunkturbarometers ist vor dem Hintergrund der Vielzahl von Störfaktoren ausschließlich auf die Einschätzung der aktuellen Geschäftslage zurückzuführen, welche das Hochkonjunkturniveau verlassen hat und sich in Richtung einer konjunkturellen Normallage entwickelt.

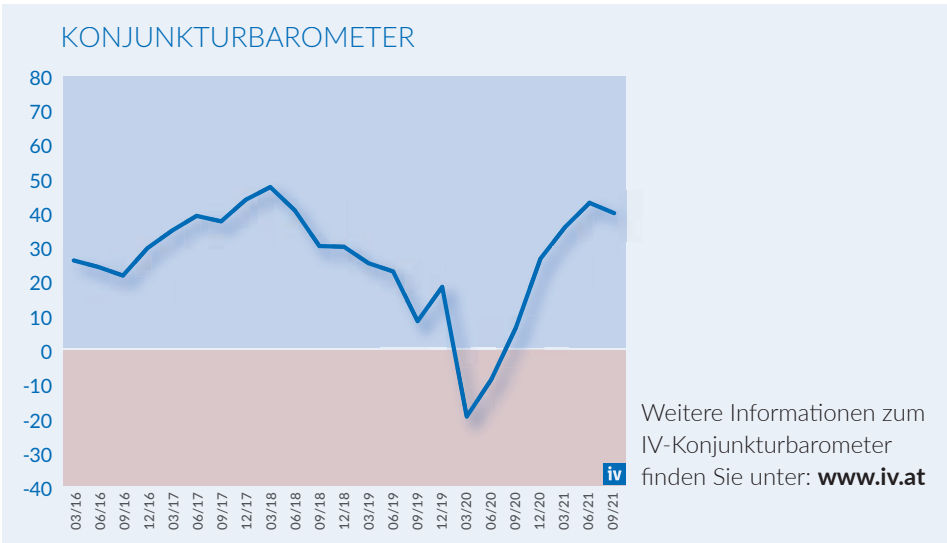


FOTO DES MONATS

COP26: Auf Technologie statt Verbote setzen

Bei der UN-Klimakonferenz „COP26“ in Glasgow betonte IV-Präsident Georg Knill die Bedeutung von Innovation und Technologie als unverzichtbare Voraussetzung für nachhaltigen Klimaschutz. „Die Industrie bekennt sich zu den Pariser Klimazielen und zur Klimaneutralität bis zur Mitte des Jahrhunderts. Sie ist als Innovationsmotor und grundlegender Entwickler neuer Technologien ein wichtiger Wegbereiter für einen effektiven und langfristig erfolgreichen Kampf gegen den Klimawandel, der unbestreitbar zu den größten Herausforderungen unserer Zeit zählt“, so Knill. Exporte von klimafreundlicher Technologie

seien die Möglichkeit, global die größte Wirkung zu erzielen und gleichzeitig wirtschaftlich weiterhin erfolgreich zu sein. „Gerade Österreichs Industrie kommt hier eine wichtige Rolle zu, denn sie ist längst Vorreiter in Sachen Emissionsvermeidung und Energieeffizienz – sowohl in der energieeffizienten Produktion von energieintensiven Gütern wie Stahl, Zement oder Papier, aber auch im Bereitstellen technologischer Lösungen. Generell ist es stets sinnvoller, auf neue Technologie statt auf Verbote zu setzen“, so Knill. Eine ausführliche Analyse zum „COP26“ lesen Sie in der nächsten Ausgabe der iv-positionen.



V.r.n.l.: IV-Präsident Georg Knill mit Sloweniens Ministerpräsident Janez Janša, Dänemarks Ministerpräsidentin Mette Frederiksen, Bundeskanzler Alexander Schallenberg und Deutschlands Bundeskanzlerin Angela Merkel

Welche Schwerpunkte die Fachkräfteoffensive der Industrie setzt

Für die Industrie zählt das Finden qualifizierter Mitarbeiter zu den größten Herausforderungen. Verschärft wird dies durch die demografische Entwicklung.

Der Fachkräftemangel ist gerade in der Industrie eines der größten Hindernisse für die generell positive Wirtschaftsentwicklung. Für 62 Prozent der Industrieunternehmen ist das Finden geeigneter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine enorme Herausforderung, 55 Prozent halten Maßnahmen zur Reduktion des Fachkräftemangels für die wichtigste Forderung an die Politik. Das geht aus der jüngsten IV-Mitgliederumfrage hervor. Und angesichts der demografischen Entwicklung im In- und Ausland ist auf lange Sicht sogar von einem allgemeinen Arbeitskräftemangel auf allen Ebenen auszugehen. Bis 2030 wird es laut Statistik Austria in

Österreich rund 170.000 Menschen weniger im Erwerbsalter geben, gleichzeitig sind in den letzten zehn Jahren 500.000 zusätzliche Arbeitsplätze entstanden.

Die Industriellenvereinigung hat diese Entwicklung auf der Agenda. Die IV-Task Force „Fachkräfte und Lehre“ unter der Leitung von Tatjana Gertner-Schaschl (Treibacher AG) war fixer Bestandteil des intensiven Prozesses rund um eine IV-Industriestrategie, die in den vergangenen Monaten entwickelt und beim „Tag der Industrie“ 2021 präsentiert wurde. Vertreterinnen und Vertreter aus mehr als 30 IV-Mitgliedunternehmen erarbeiteten darin

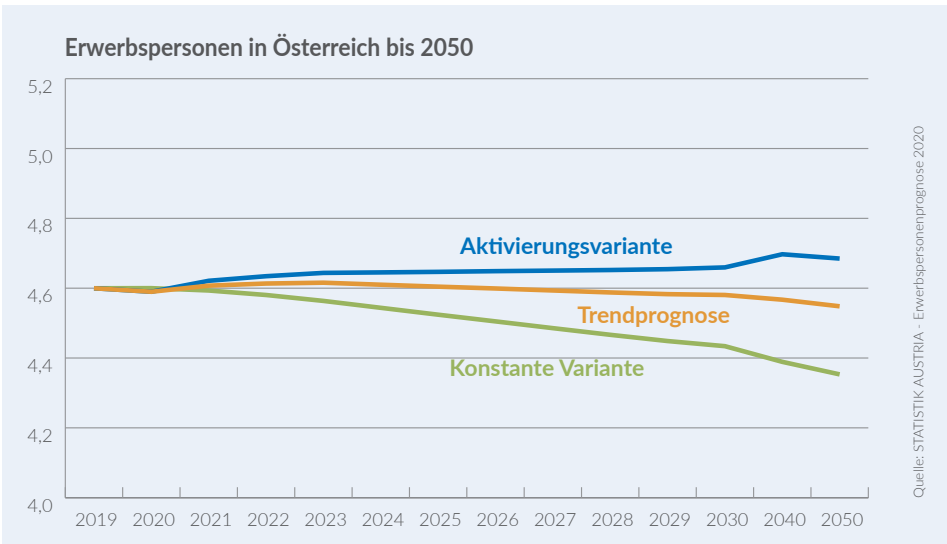
Maßnahmenvorschläge, die kürzlich dem IV-Bundesvorstand und im November der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

Umfassende Gesamtstrategie gefordert

Damit Maßnahmen nachhaltig wirken können, plädiert die Industrie für eine umfassende Gesamtstrategie zur Lösung des Fachkräfte- und Arbeitskräftemangels. Aus- und Weiterbildung, eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Berufstätigkeit von Frauen und Älteren oder qualifizierte Zuwanderung sollten aus IV-Sicht Teil der Strategie sein, um den Fachkräftenachwuchs zu sichern. Die weitere Attraktivierung der Lehre und die

Vereinfachung und Digitalisierung der Anträge für die Rot-Weiß-Rot-Card sind Maßnahmen, die kurzfristig anzugehen sind. Für die Umsetzung braucht es zudem eine klare politische Verantwortung innerhalb der Bundesregierung in Form einer Schirmherrin oder eines Schirmherrn für das Anliegen.

In den kommenden Wochen und Monaten wird die IV das Thema auf allen Ebenen – politisch, medial und mit eigenen Beiträgen – vorantreiben. Eine tatsächliche und nachhaltige Verbesserung der Situation rund um Fachkräfte und Arbeitskräfte wird Unternehmen, Politik und den Arbeitskräften mit unterschiedlichsten Hintergründen nur gemeinsam gelingen.



Bis 2030 geht die Zahl der Menschen im Erwerbsalter zurück. Gleichzeitig sind in den letzten zehn Jahren 500.000 zusätzliche Arbeitsplätze entstanden.

IV EVENT

Bereits 449 MINT-Kindergärten und MINT-Schulen in Österreich

Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT) – das sind vier der gegenwärtig und künftig immer wichtiger werdenden Bildungs- und Berufsbereiche. Denn egal, ob es um die Bekämpfung des Klimawandels, die Entwicklung lebenswichtiger Medikamente oder die digitale Transformation geht: Naturwissenschaften und Technik bringen der Gesellschaft die Lösungen von morgen. Bereits 449 Kindergärten und Schulen in ganz Österreich sind mit dem MINT-Gütesiegel ausgezeichnet. Sie zeigen eindrucksvoll vor, wie man die MINT-Zukunftskompetenzen spannend und effektiv vermittelt. Mittelfristig sollen damit die Technologieaffinität gesteigert und der Mangel an Innovationsnachwuchs gemildert werden.

Nach einjähriger, COVID-bedingter Pause übergaben Bildungsminister Heinz Faßmann, IV-Präsident Georg Knill, die Rektorin der Pädagogischen Hochschule Wien Ruth Petz und der Präsident der Wissensfabrik Österreich Klaus Peter Fouquet im Oktober das begehrte „MINT-Gütesiegel 2021-2024“ wieder persönlich. Das Interesse an der Auszeichnung für qualitativvolles Lernen und Lehren in MINT ist ungebrochen. Insgesamt wurden in diesem Jahr 145 Auszeichnungen vergeben: Darunter 58 Bildungseinrichtungen, die zum ersten Mal eingereicht hatten und im Rampenlicht der Festveranstaltung im Haus

der Industrie in Wien standen. Weitere 87 Bildungseinrichtungen erhielten eine Rezertifizierung und werden heuer erstmals auf regionaler Ebene in Kooperation von IV-Landesgruppen und Bildungsdirektionen geehrt.

WEBTIPP

Eine Übersicht über alle 449 bisher ausgezeichneten Bildungseinrichtungen sowie Film & Fotos von der Festveranstaltung finden Sie unter:
www.mintschule.at



Science-Buster Martin Moder unterhielt die Gäste mit einem MINT-Showblock.



V.l.n.r.: Initiatoren IV-Präsident Georg Knill, Bildungsminister Heinz Faßmann, Moderator Bernhard Weingartner, Rektorin Ruth Petz (PH Wien), Klaus-Peter Fouquet (Wissensfabrik Österreich), Barbara Streicher (Jurysprecherin MINT-Gütesiegel, Science Center Netzwerk) bei der MINT-Gala



Die Monsterfreunde performten ihre „Technik-Songs“.

Weichen Richtung Aufschwung stellen

Finanzminister Gernot Blümel erklärt im Gespräch mit den iv-positionen, wie der Kapitalmarkt gestärkt werden soll und welche Schwerpunkte das Budget setzt.



Die Niedrigzinsphase trifft die Sparerinnen und Sparer. Welche Maßnahmen könnten dazu beitragen, den Kapitalmarkt für Bürger als Anlagemöglichkeit attraktiver zu gestalten?

Ein attraktiver Kapitalmarkt in Österreich stärkt die Liquidität und schafft zusätzliche Altersvorsorge für die Bürger. Gerade

in Zeiten von Niedrigzinsen ist es wichtig, Alternativen zum Sparbuch aufzuzeigen. Im Regierungsprogramm ist die Wiedereinführung der sogenannten Behaltefrist vorgesehen. Hier laufen die Gespräche mit dem Koalitionspartner und ich hoffe, dass wir das Thema bald umsetzen – auch um mehr Gerechtigkeit gegenüber quasi nicht-regulierten Kryptowährungen zu erreichen. Basis für eine aktive Teilhabe am Kapitalmarkt ist eine gute Finanzbildung. Mit unserer nationalen Strategie gibt es erstmals ein Dach, um vorhandene Initiativen zu bündeln.

Mit Olaf Scholz hat ein Befürworter der EU-Finanztransaktionssteuer die deutsche Bundestagswahl gewonnen. Wie schätzen Sie hier mögliche Entwicklungen ein?

Der deutsche Vorschlag würde hochspekulative Transaktionen von der Steuer befreien und klassische Aktienanleger und Unternehmen benachteiligen. Zudem würde die Eigenkapitalfinanzierung gegenüber der Fremdkapitalfinanzierung benachteiligt, da Anleihen nicht besteuert würden. Österreich hat sich immer für eine breite

Bemessungsgrundlage, die Aktien, Anleihen und Derivate umfasst, ausgesprochen und kann den Vorschlag in der vorliegenden Form daher nicht unterstützen. Wie sich das Thema weiterentwickelt, ist aufgrund laufender Koalitionsverhandlungen in Deutschland noch nicht abschätzbar.

Welche Schwerpunkte setzt das Budget, um die aktuelle wirtschaftliche Erholung zu stärken?

Mit dem Budget stellen wir die Weichen Richtung Aufschwung. Allein 2022 haben wir rund 2,2 Mrd. Euro für Zukunftsbereiche wie Klimaschutz, umweltfreundliche Mobilität, Digitalisierung sowie Forschung und Entwicklung vorgesehen. Wichtigstes Projekt ist die Steuerreform. Damit entlasten wir die Menschen, setzen Anreize für umweltfreundliches Verhalten, stärken den Standort und schaffen es trotzdem, mittelfristig die Schuldenquote zu senken. Gerade für Unternehmen sind mit der KöSt-Senkung, dem Investitionsfreibetrag und der Anhebung des Gewinnfreibetrages auf 15 Prozent wichtige Maßnahmen enthalten.

Zum Vergleich: In Deutschland hat die FDP bei den Regierungsverhandlungen das Ziel, Steuererhöhungen zu verhindern, von Senkungen ist da keine Rede mehr.

Corona hat die Staatsschulden erhöht. Wie lässt sich die ökosoziale Steuerreform mit dem Ziel eines ausgeglichenen Staatshaushalts vereinbaren?

Der wirtschaftliche Aufschwung und eine klare Schwerpunktsetzung im Budget helfen uns beide Ziele zu erreichen. Die Wirtschaftsforscher sehen bis 2026 eine so gute Wachstumsentwicklung voraus, dass sich Steuerreform, ein Defizit unter 0,5 Prozent und eine Senkung der Schuldenquote auf das Niveau vor der Pandemie 2019 ausgeben. Wenn man sich Budgets anderer Länder ansieht, ist das nicht selbstverständlich, Italien plant nächstes Jahr ein Defizit von über fünf Prozent des BIP. In wirtschaftlich schwierigen Zeiten Schulden zu machen, um zu helfen, ist legitim. In Wachstumsphasen permanent Schulden zu machen, ist Bequemlichkeit zulasten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.

FTI-BUDGETS WERDEN GESTÄRKT, NATIONALSTIFTUNG GESICHERT

Die mehrjährige Finanzierung der Nationalstiftung für Forschung, Technologie und Entwicklung ist auf Schiene gebracht: Zwischen 2022 und 2025 sollen jährlich 140 Mio. Euro in die Spitzenforschung im Bereich der Grundlagenforschung und angewandten Forschung fließen. Im Oktober wurde im Ministerrat die entsprechende Novelle des Nationalstiftungsgesetzes beschlossen und dem Parlament vorgelegt. Damit ist die Grundlage für das Nachfolgeinstrument „Fonds Zukunft Österreich“, der ein wichtiger Baustein für die FTI-Finanzierung

in Österreich ist, geschaffen. Dafür hatte sich die IV gemeinsam mit wichtigen FTI-Stakeholdern in den vergangenen Monaten intensiv eingesetzt. Geht es nach der Industrie, soll der Fonds zur strategischen Schwerpunktsetzung sowie zur Sicherung themenoffener Formate für einen Schub der angewandten Forschung genutzt werden.

Insgesamt setzt der Bundeshaushalt 2022 richtige Schwerpunkte: Ein klar positives Signal ist etwa die Steigerung der FTI-Budgets in allen relevanten Ressorts um

IV-EINSCHÄTZUNG

7,3 Prozent auf rund 6,4 Mrd. Euro, was auch den EU-Recovery-Funds-Mitteln geschuldet ist. Für die Teilnahme an den europäischen Großprojekten IPCEI (Important Projects of Common European Interest) Wasserstoff und Mikroelektronik 2 sind bis 2025 105 Mio. Euro per anno vorgesehen. In Forschungsinfrastrukturen und -kooperationen im Bereich Quantenforschung und -technologie fließen jährlich 85 Mio. Euro, zudem sind weitere Mittel für F&E im Bereich Life Science und Medikamentenforschung (83,8 Mio. Euro für 2022-2024)

und einen Wasserstoff-Cluster Graz (17 Mio. Euro 2022-2024) budgetiert. Wichtig ist für die Industrie, die in FTI-Strategie und FTI-Pakt verankerte Technologieoffensive konsequent und vor allem mutig weiter umzusetzen, um technologische Kompetenzführerschaft in strategisch wichtigen Bereichen auszubauen. Ebenso müssen zielgerichtete Maßnahmenpakete für durch die Transformationen besonders betroffene Bereiche (z.B. Fahrzeugzulieferindustrie) initiiert und die Finanzierung weiterer IPCEI abgesichert werden.

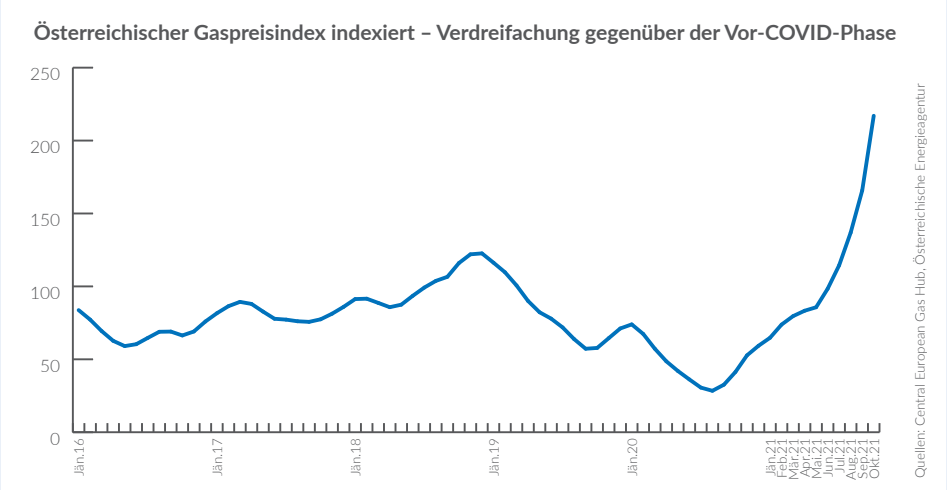
Hohe Energiepreise als Aufschwungsbremse

Strom und Gas sind teuer wie selten zuvor. Eine IV-Analyse zeigt, wie die Kosten gedämpft werden könnten.

Die Entwicklung des Gaspreises in Österreich verdeutlicht, wie volatil die internationalen Rohstoff- und Energiemärkte sind: Während der Corona-Pandemie hat sich dieser Energieträger zunächst bis August 2020 preislich halbiert, seitdem jedoch nahezu verachtfacht! Das entspricht einer Verdreifachung gegenüber dem Niveau einer konjunkturellen Normallage.

Nicht nur, aber vor allem für die energieintensive Industrie bedeuten die

Preisanstiege eine immense Kostenbelastung. Allein in der Warenherstellung belief sich nur der Energieeinsatz im letzten Vor-Corona-Jahr 2019 auf 3,37 Mrd. Euro, weisen Daten der Statistik Austria aus. „Die aktuelle Entwicklung zwingt erste Unternehmen zu einer Einschränkung ihrer Produktion und beeinträchtigt ihren finanziellen Spielraum für Investitionen“, erklärt IV-Chefökonom Christian Helmenstein. Damit bremst die Preisexplosion die wirtschaftliche Erholung.



IV-ANALYSE

Härtefall-Carbon Leakage-Regelung implementieren

Um gegenzusteuern, hat die IV ein Maßnahmenpaket entwickelt, das vor allem auf kurzfristig wirksamen und zeitlich befristeten Vorschlägen aufbaut. „Das ist einerseits ordnungspolitisch geboten, um nicht strukturschonend zu wirken, andererseits auch sachlich gerechtfertigt, da die Gas-Futures derzeit auf eine Entspannung der preislichen Situation ab dem Frühjahr 2022 hindeuten“, argumentiert Helmenstein. Unterstützt werden sollten jedenfalls Unternehmen, die einem erhöhten Abwanderungs- und Verlagerungsrisiko (Carbon Leakage) ausgesetzt sind. Etwa durch eine Härtefall-Carbon Leakage-Regelung, wie sie bereits mit der ökosozialen Steuerreform angekündigt wurde.

Konkret schlägt die Industrie zudem einen Überbrückungsfonds für energieintensive Härtefälle vor: Ähnlich wie die Corona-Hilfen 2020 sollten Liquiditätshilfen für besonders betroffene Unternehmen gewährt werden. Auch eine temporäre Reduktion der Erdgas- oder Stromabgabe könnte den massiven Preisanstieg abdämpfen. Als „Tempoeffekt“ wirken könnte laut dem

Ökonomen damit einhergehend eine raschere Energieabgabenrückvergütung.

Wettbewerbsverzerrungen auflösen

Ebenfalls auf der IV-Agenda steht eine Strompreiskompensation analog zur deutschen Regelung. Derzeit müssen Energieversorger für Gaskraftwerke CO₂-Zertifikate erwerben, die sie an die stromintensive Industrie weitergeben. Um dem Verlust von Unternehmensstandorten entgegenzuwirken, erlaubt eine EU-Richtlinie Beihilfen für bestimmte Sektoren. Im Gegensatz zu Deutschland, Frankreich, Tschechien, Polen oder der Slowakei hat Österreich davon allerdings noch nicht Gebrauch gemacht. Die Folge: Wettbewerbsverzerrungen innerhalb des EU-Binnenmarktes zulasten der österreichischen energieintensiven Industrie.

Dass die Kosten für Energie auf der Welt, aber auch in Europa sehr unterschiedlich steigen, ist also auch hausgemacht. „Das könnte sich mittelfristig zu einem massiven Wettbewerbsnachteil auswachsen. Eine Entlastung der betroffenen Unternehmen wäre das richtige Signal“, resümiert Helmenstein.

Arbeit statt Arbeitslosigkeit fördern

Beim Kampf gegen den Arbeits- und Fachkräftemangel spielt auch die Arbeitsmarktpolitik eine zentrale Rolle. Die Industriellenvereinigung setzt sich für Reformen ein, die Arbeit fördern.

Während der Corona-Pandemie gab es in Österreich eine historisch hohe Arbeitslosigkeit – mittlerweile hat die Zahl der offenen Stellen einen außergewöhnlichen Wert erreicht. „Das ist auf den ersten Blick erfreulich, aber gleichzeitig für den Standort eine massive Herausforderung“, bringt es IV-Präsident Georg Knill auf den Punkt. Die Zahlen unterstreichen seinen Befund:

„Bei der geplanten Arbeitslosenversicherungsreform muss es darum gehen, Anreize zu schaffen, um arbeitslose Personen wieder rasch ins Erwerbsleben zurückzubringen.“

Georg Knill
IV-Präsident

Im Frühjahr 2020 wurde als direkte Folge des Pandemieausbruchs die bisher höchste Zahl an Arbeitslosen gemessen. 571.477 Personen waren Ende April 2020 ohne Job, mehr als eine Million Beschäftigte in Kurzarbeit. Mittlerweile liegt die Arbeitslosigkeit bereits unter Vorkrisenniveau. In manchen Bundesländern hat Österreich im September bereits eine Arbeitslosenquote erreicht, bei der man nahezu von Vollbeschäftigung sprechen kann. So lag die Arbeitslosenquote in Salzburg bei 3,5 Prozent, in Tirol bei 3,8 Prozent und in Oberösterreich bei vier Prozent. Die Zahl der offenen Stellen ist hingegen hoch wie nie: Allein beim AMS waren zuletzt knapp 112.000 offene Stellen gemeldet. „Wenn man zusätzlich noch die Stellen der neuen Jobplattform des AMS ‚alle jobs‘ in Betracht zieht, so kommt man österreichweit auf weit über 200.000 offene Stellen.

Allein im Bereich Industrie und Bau – beispielsweise in den Bereichen Maschinenbau, Herstellung von Metallerzeugnissen, Hoch- und Tiefbau – waren im Oktober rund 22.000 offene Stellen beim AMS gemeldet“, berichtet IV-Generalsekretär Christoph Neumayer. Für die Industrie, die für rund eine Million Arbeitsplätze steht, verdeutlichen diese Fakten den Handlungsbedarf. Auch für Arbeitsminister Martin Kocher ist der richtige Zeitpunkt gekommen, um eine Diskussion über eine Arbeitsmarktreform zu starten. Bis Jahresende sind Gespräche über die „Arbeitslosenversicherung neu“ angekündigt, entsprechende Gesetzesänderungen sollen im ersten Quartal 2022 erfolgen.

Arbeitslosenversicherung richtig reformieren

Beim Kampf gegen den Fachkräfte- bzw. Arbeitskräftemangel (siehe auch Beitrag über aktuelle IV-Aktivitäten auf Seite 4) spielt aus Sicht der Industrie die Arbeitsmarktpolitik eine zentrale Rolle. Für das Ziel, Arbeit und nicht Arbeitslosigkeit zu fördern, besteht in Österreich erhebliches Potenzial. Laut Global Competitiveness Report 2019 des World Economic Forum liegt Österreich unter 141 Ländern etwa in der Kategorie Arbeitsmobilität nur auf Platz 122. Und der Arbeitslosenversicherungsbeitrag beträgt in Österreich aktuell sechs Prozent, während er in Deutschland nur 2,4 Prozent ausmacht. Für IV-Präsident Knill ist klar: „Bei der geplanten Arbeitslosenversicherungsreform muss es darum gehen, Anreize zu schaffen, um arbeitslose Personen wieder rasch ins Erwerbsleben zurückzubringen.“

Die wichtigsten Vorschläge der Industriellenvereinigung

- **Degressives Arbeitslosengeld einführen:** Es soll ein „Arbeitslosenversicherung neu“ mit degressiv gestufter Leistungshöhe geben. Derzeit liegt die Nettoersatzrate bei 55 Prozent des vorherigen Nettoeinkommens, wobei mit Ergänzungsbetrag und mit Familienzuschlägen bis zu 80 Prozent möglich sind. In Wirklichkeit erhalten unter 50 Prozent der Arbeitslosengeldbezieher eine Nettoersatzrate von „nur“ 55 Prozent. Im Gegensatz zu Ländern wie Deutschland, Dänemark oder den Niederlanden bleibt diese über einen langen Zeitraum beinahe auf

diesem Niveau. Durch das Absinken der Versicherungsleistung im Laufe der Zeit würden die Anreize gestärkt, schnell ins Erwerbsleben zurückzukehren. Die derzeit noch zeitlich unbegrenzte Notstandshilfe garantiert hingegen defacto ein zeitlich unbegrenztes Arbeitslosengeld und untergräbt Beschäftigungsanreize.

- **Geringfügigkeit reformieren:** Die Industriellenvereinigung unterstützt den – bereits diskutierten – Ansatz, den Leistungsbezug während geringfügiger Beschäftigung abzuschaufen bzw. zu reformieren. Arbeitsmarktexperten argumentieren, dass eine geringfügige Beschäftigung während der Arbeitslosigkeit diese verlängern kann – und in weiterer Folge niedrigere Erwerbseinkünfte nach sich zieht. Außerdem hemmt die geringfügige Beschäftigung die Rückkehr in reguläre Arbeit aufgrund der Besteuerung zusätzlicher Einkommen.

- **Lohnnebenkosten senken:** Die Industrie plädiert für eine Senkung der im internationalen Vergleich überdurchschnittlich hohen Lohnnebenkosten. Dies würde den Faktor Arbeit wesentlich entlasten. Konkretes Potenzial gibt es nach wie vor bei der Unfallversicherung: Die Zahl der Arbeitsunfälle ist seit 1990 um mehr als 40 Prozent gesunken, die Beiträge wurden jedoch nicht entsprechend reduziert. Beim Familienlastenausgleichsfonds sind u.a. „familienfremde Leistungen“ zu hinterfragen, wie Zahlungen an die Pensionsversicherung für Kindererziehungszeiten, die eigentlich vom Sozialressort zu tragen wären.

- **Betriebsnahe Qualifizierung ausbauen:** Im Bereich der Qualifizierungsmaßnahmen durch das AMS soll die betriebsnahe Qualifizierung forciert werden. „Die Einbindung der Wirtschaft in die Planung der Qualifizierungsmaßnahme hat sich als Erfolgsfaktor für effektive AMS-Kurse gezeigt. Jene Kurse, die auf den wirtschaftlichen Bedarf der Betriebe abgestimmt sind, weisen einen höheren Arbeitsmarkterfolg auf“, so IV-Generalsekretär Neumayer. Daher sollen Arbeitstrainings, Arbeitserprobung und arbeitsplatznahe Qualifizierungen weiter ausgebaut sowie die finanziellen Mittel für die Qualifizierung für Beschäftigte zielgerichtet eingesetzt werden.

- **Beschäftigungsfördernde Maßnahmen forcieren:** Um Arbeit und nicht Arbeitslosigkeit zu fördern, sollen auch beschäftigungsfördernde Maßnahmen, wie Eingliederungsbeihilfe und Kombilohn forciert werden. Der Arbeitsmarkterfolg der Eingliederungsbeihilfe spricht für sich: Rund zwei Drittel der geförderten Personen befinden sich drei Monate nach Ende der Förderung in einem aufrechten Arbeitsverhältnis.

„Allein im Bereich Industrie und Bau waren im Oktober rund 22.000 offene Stellen beim AMS gemeldet.“

Christoph Neumayer
IV-Generalsekretär

- **AMS-Vermittlung verbessern:** Gemäß dem – auch gesetzlich verankerten – Grundsatz „Vermittlung vor Schulung“ soll das AMS die Vermittlungstätigkeit in den Mittelpunkt stellen. „Gerade in Zeiten, in denen Betriebe händierend Mitarbeiter suchen, muss das AMS seiner Kernaufgabe besser nachkommen“, fordert IV-Präsident Knill. Die Vermittlungstätigkeit soll im Sinne von Passgenauigkeit und Effizienz weiter verbessert werden. Aufgrund der regionalen Unterschiede am Arbeitsmarkt muss auch die überregionale Vermittlung forciert werden, erwartet sich die IV.

IV-Präsident Knill betont die Bedeutung arbeitsmarktpolitischer Reformen für den Aufschwung: „Einen wirtschaftlich nachhaltigen Aufschwung kann es nur mit ausreichenden Arbeits- und Fachkräften geben. Daher müssen wir jetzt die Weichen auf Aufschwung und Arbeit stellen.“



RICHTIGE ANREIZE SETZEN

Stefan Ehrlich-Adám, CEO der EVVA Sicherheitstechnologie GmbH und Vorsitzender des IV-Ausschusses für Arbeit & Soziales, über notwendige arbeitsmarktpolitische Weiterentwicklungen.



ZUR PERSON:

Stefan Ehrlich-Adám ist CEO der EVVA Sicherheitstechnologie GmbH und seit 1993 im traditionsreichen Familienunternehmen tätig. Das Technologieunternehmen hat seinen Hauptsitz in Wien und zählt zu den führenden Herstellern von mechanischen und elektronischen Schließsystemen. Seit 2020 leitet Ehrlich-Adám in der Industriellenvereinigung den Ausschuss für Arbeit & Soziales, in dem sich CEOs und HR-Verantwortliche mit einem vielschichtigen Themenspektrum beschäftigen: von Arbeitsrecht & Arbeitszeit über Arbeitsmarktpolitik bis hin zur Sozialversicherung, Gesundheit & Pflege.

Die Arbeitslosigkeit in Österreich liegt wieder auf Vorkrisenniveau – können wir damit nicht sehr zufrieden sein?
Natürlich ist die Entwicklung am heimischen Arbeitsmarkt erfreulich. Allerdings muss man auch sehen, dass Österreich im internationalen Vergleich laut der Arbeitslosenquote von EUROSTAT nur im EU-Mittelfeld liegt. Im Jahr 2014 waren wir noch die Nummer 1. Wir haben da also noch erheblichen Handlungsbedarf – gerade mit Blick auf den Mangel an Arbeitskräften, mit dem zahlreiche Betriebe konfrontiert sind. Die Industrie ist ein wichtiger Arbeitgeber mit rund einer Million Arbeitsplätzen, die vom Arbeits- und Fachkräftemangel besonders stark betroffen ist. Wir haben also noch immer zu viele Arbeitslose bei zu vielen offenen Stellen.

Wie lässt sich der Arbeitskräftemangel in den Griff bekommen?
Da geht es nicht nur um Qualifizierung, sondern auch um das Anreizsystem. In Österreich gibt es zu starke Anreize, nicht arbeiten zu gehen. Die Möglichkeit, de facto unbegrenzt eine durchwegs hohe Leistung aus der Arbeitslosenversicherung zu beziehen, ist im internationalen Vergleich ein Unikum. Im Anschluss an den Arbeitslosen-geldbezug kann Notstandshilfe beantragt

werden, die – auch mit Zuschlägen – zeitlich unbegrenzt gewährt werden kann. Das ist für viele in Verbindung mit einem Zuverdienst aus geringfügiger Beschäftigung attraktiver, als sich einen Job zu suchen. Unser System muss aber signalisieren, dass wir nicht Arbeitslosigkeit, sondern Arbeit fördern – und dass es dazu auch keine Alternative gibt.

Um die zu hohen Arbeitskosten zu senken, plädiert die IV auch für eine Entlastung bei den Beiträgen für den Familienlastenausgleichsfonds (FLAF). Soll es weniger Geld für die Familien geben?
Nein – und die geplante Familienbonus-Erhöhung für Berufstätige ist auch zu begrüßen. Uns geht es um ordnungspolitische Klarheit. Denn dem FLAF wurden zahlreiche Leistungen „aufgebrummt“, die eigentlich von anderen Ressorts zu bezahlen wären. Neben den Zahlungen an die Pensionsversicherung für Kindererziehungszeiten, die eigentlich vom Sozialressort zu tragen wären, gilt das für die Schulbücher, die eigentlich in Verantwortung des Bildungsressorts sind, oder für die Unterhaltsvorschüsse, die Agenda des Justizministeriums sind. Der Familienlastenausgleichsfonds soll für die Familien da sein – und kein Vehikel, um familienfremde Leistungen zu finanzieren.

INTERVIEW



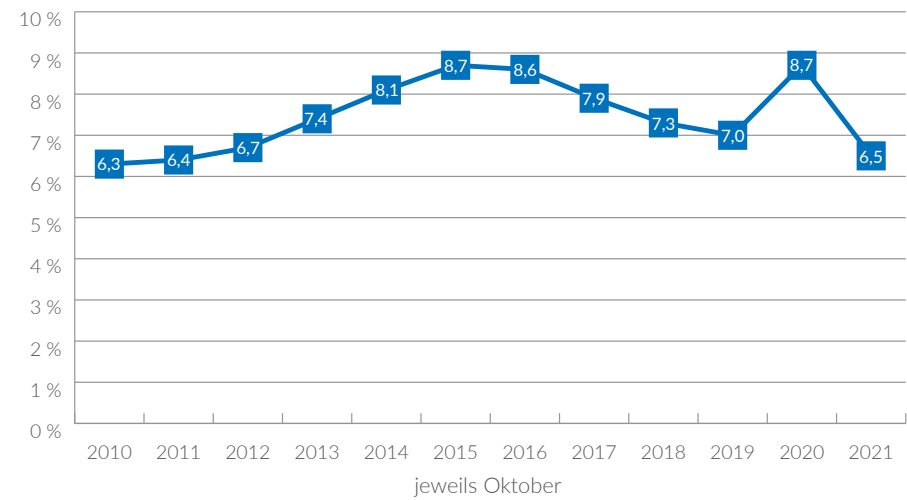
„Der Produktionssektor ist ein wichtiger Arbeitgeber mit rund einer Million Arbeitsplätzen, der vom Arbeits- und Fachkräftemangel besonders stark betroffen ist.“

Was erwarten Sie sich von der aktuellen arbeitsmarktpolitischen Diskussion?
Die Unternehmen in Österreich können sehr konkrete Beiträge für mehr Arbeit leisten – und tun dies auch. Dafür müssen aber die Rahmenbedingungen stimmen. Wir brauchen mehr Entlastung, eine anreizorientierte Arbeitsmarktpolitik sowie bedarfsorientierte Qualifizierung, die Betriebe und Arbeitnehmer weiterbringt.



V.l.n.r.: IV-Ausschussvorsitzender Stefan Ehrlich-Adám mit Arbeitsminister Martin Kocher und IV-Bereichsleiter für Arbeit, Soziales, Gesundheit Helwig Aubauer beim jüngsten IV-Ausschuss für Arbeit & Soziales im Oktober

Arbeitslosenquote



Quelle: AMS

Die nationale Arbeitslosenquote hat im Oktober bereits das Vorkrisenniveau erreicht und sogar weit unterschritten. Aufgrund dieser Entwicklung sieht sich Österreich zunehmend mit einem Fachkräfte- bzw. auch Arbeitskräftemangel konfrontiert.



Wettbewerbsvorteile durch Diversität erkennen und verstärkt nutzen

Im Zuge des Arbeitsprogramms des neuen IV-Präsidiums hat die IV das „Netzwerk Wettbewerbsfähigkeit“ initiiert, das sich für einen aktiven Umgang mit Diversität in der Industrie einsetzt. IV-Vizepräsidentin Sabine Herlitschka und TTech-CEO Georg Kopetz haben den Vorsitz übernommen und stellen den iv-positionen das Projekt vor.



Was ist die Idee hinter dem „Netzwerk Wettbewerbsfähigkeit“?
Herlitschka: Über viele Jahre zeigen Erhebungen, dass Diversität die Wettbewerbsfähigkeit von Organisationen und auch Unternehmen deutlich stärkt. Daher ist Diversität in allen ihren Formen, ob bezogen auf Geschlecht, Alter, Nationalität oder Kultur, ganz klar eine Chance. Je unterschiedlicher Menschen mit allen ihren

Erfahrungen und Fähigkeiten sind, umso höher ist die Wahrscheinlichkeit zu den besten Lösungen für unsere Unternehmen, aber auch für uns als Wirtschaftsstandort Österreich zu kommen. Mit dem neuen Netzwerk wollen wir uns mit dem Thema in einem breiten Ansatz auseinandersetzen, uns Ideen von außen holen und Best Practice-Beispiele austauschen.

Kopetz: Studien belegen, dass gemischte Teams zu mehr Innovation, größerer Rentabilität, besserer Unternehmenskultur und gesteigerter Attraktivität für Bewerberinnen und Bewerber führen – das gilt auch für dieses Netzwerk. Entscheidend ist dabei, dass es ein Thema für Männer und Frauen ist, daher sind auch Männer im Netzwerk vertreten, mit denen wir die notwendigen Veränderungen gemeinsam herbeiführen wollen.

Wieso braucht die Industrie ein solches Netzwerk? Was sind die größten Herausforderungen für Unternehmen im Bereich Diversität?
Kopetz: Für die Wirtschaft ist der Umgang

mit Pluralität zu einem der wichtigsten Zukunftsthemen und Diversität zum Business Case geworden. Gerade in Zeiten des Mangels an qualifiziertem Personal wird es entscheidend sein, wohin die besten Köpfe gehen und wie agil Unternehmen auf die sich rasch ändernden globalen Rahmenbedingungen reagieren.

Herlitschka: Dem neuen IV-Präsidium ist Diversität ein wichtiges Anliegen; das Thema wurde daher auch in das Arbeitsprogramm aufgenommen. Bei der Besetzung der neuen Ausschüsse, aber auch IV-intern, wurde auf stärkere Pluralität geachtet, wichtige Schritte in die richtige Richtung wurden gesetzt. Und Stichwort Fachkräftemangel, auch hier weiß man aus vielen internationalen Beispielen, dass Vereinbarkeit von Beruf und Familie, und dabei besonders eine hochwertige Kleinkinderbetreuung, ganz essenzielle Faktoren sind. Hier gibt es noch einiges zu tun.

Was sind die nächsten Schritte des Netzwerks?
Herlitschka: In dieser Runde wollen wir uns den verschiedenen Facetten des Themas



Wettbewerbsfähigkeit durch Diversität, aber auch dem Thema Fachkräfte widmen, wie z.B. qualifizierter Zuwanderung oder Zusammenarbeit in alters-gemischten Teams. Einen Schwerpunkt legen wir auch auf das Thema Frauen in Aufsichtsräten, wozu wir aktuell ein eigenes Programm für die Industrie entwickeln. Und gleichzeitig, Diversität verstehen wir sehr breit und wollen es auch in der Breite adressieren.

AKTUELLES IN KÜRZE

Vereinbarkeit von Familie und Beruf braucht garantierte Kinderbetreuung

Reformen im Bereich der Elementarbildung und Kinderbetreuung sind ein wesentlicher Standortfaktor und Hebel, um dem Fachkräftemangel zu begegnen.

Die IV untermauerte ihre langjährigen Forderungen nun gemeinsam mit den Sozialpartner-Organisationen. Der Tenor lautete: in die Umsetzung kommen. Dazu wurde ein 5-Punkte-Plan in Form einer Roadmap präsentiert.

Ambitioniertes Ziel der Roadmap ist der Rechtsanspruch auf qualitätsvolle Kinderbetreuung ab dem 1. Geburtstag. Dieser ist Hebel und Motivator, um notwendige Maßnahmen voranzutreiben: bei der Pädagogen-Ausbildung, der Entwicklung von Qualitätsstandards sowie dem Ausbau der Kinderbetreuungsplätze und Öffnungszeiten, die mit Vollzeitbeschäftigung beider Eltern vereinbar sind. Aktuelle Berechnungen des Wirtschaftsforschungsinstituts EcoAustria belegen, dass sich Investitionen in die Elementarpädagogik zu zwei Drittel rasch refinanzieren, auch die Bildungsrendite ist durch frühe Förderung der Kinder besonders hoch.

Die Umsetzung muss als gemeinsame Anstrengung des Bundes mit den Bundesländern und den Gemeinden in die Wege geleitet werden. Der IV ist dabei wichtig, dass auch über innovative Möglichkeiten alternativ zur institutionellen Kinderbetreuung nachgedacht wird. Tageseltern könnten das Angebot sinnvoll und effektiv ergänzen, allerdings sollten die Ausbildungsstandards qualitativ österreichweit harmonisiert werden. Ein wesentlicher Meilenstein der Roadmap ist neben dem Ausbau der Plätze

und der Ausbildungs- und Finanzierungsoffensive die systematische Verankerung von MINT (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik) als Zukunftskompetenz im elementarpädagogischen Alltag bis 2025. Auf Regierungsseite hat sich jüngst Dynamik entwickelt: So soll die 15a-Vereinbarung Elementarpädagogik nun doch neu verhandelt statt fortgeschrieben werden. Weiters hat die Regierung zusätzliche Budgetmittel in Aussicht gestellt.



Was wir vom Bildungs-Musterschüler Finnland lernen können

Bei einer digitalen Fachdiskussion hat die IV gemeinsam mit Expertinnen und Experten den Blick auf Skandinavien gerichtet.

Ganze 74 Tage lang befanden sich Österreichs Grundschulen und Unterstufen im sogenannten Distance Learning – dass die Coronakrise zugleich auch eine Bildungskrise war, wird durch die jüngste OECD-Studie „Bildung auf einen Blick“ noch einmal belegt. Zum Vergleich: In Finnland waren es nur 38 Tage. Doch das skandinavische Land hat nicht nur die Coronakrise besser gemeistert, sondern sie auch genutzt, um die Digitalisierung im Bildungsbereich weiter auszubauen. Aber was genau kann sich Österreich vom Klassenbesten abschauen? Um dieser Frage auf den Grund zu gehen, hat die IV Expertinnen und Experten aus Österreich und Finnland in Form einer digitalen Fachdiskussion geladen.

Flexibilität und gleiche Chancen
Das Erfolgsrezept des finnischen Bildungssystem lautet: Flexibles Lernen, Dezentralisierung und gleiche Chancen für alle. Durch Investitionen in die digitale Infrastruktur fiel den Finnen die Umstellung vom analogen auf den digitalen Unterricht während der Coronakrise dementsprechend leicht. Das Benchmarking mit Finnland zeigt, dass Österreich zwar über ein hohes Potenzial digitaler Medien in den Schulen verfügt, jedoch noch weiter vorausplanen muss, um zur Bildungs-Spitzenklasse aufzuschließen. Damit Österreich dahin kommt, wo Finnland jetzt schon ist, soll nun ein Acht-Punkte-Plan vom Bildungsministerium die richtigen Rahmenbedingungen für einen zeitgemäßen Unterricht schaffen.

Die Integration digitaler Medien durch die Ausstattung der Schulklassen mit Endgeräten steht dabei ebenso im Vordergrund wie die optimale Vermittlung der Bildungsinhalte nach dem „individuellen Lernfortschritt“. Der Programmdirektor der nationalen Bildungsagentur in Finnland, Jouni Kangasniemi, brachte es auf den Punkt: Es gehe darum, eine „Leidenschaft zu kreieren, das ganze Leben lang mehr lernen zu wollen. Ist das erreicht, sind wir auf der Gewinnerseite“.



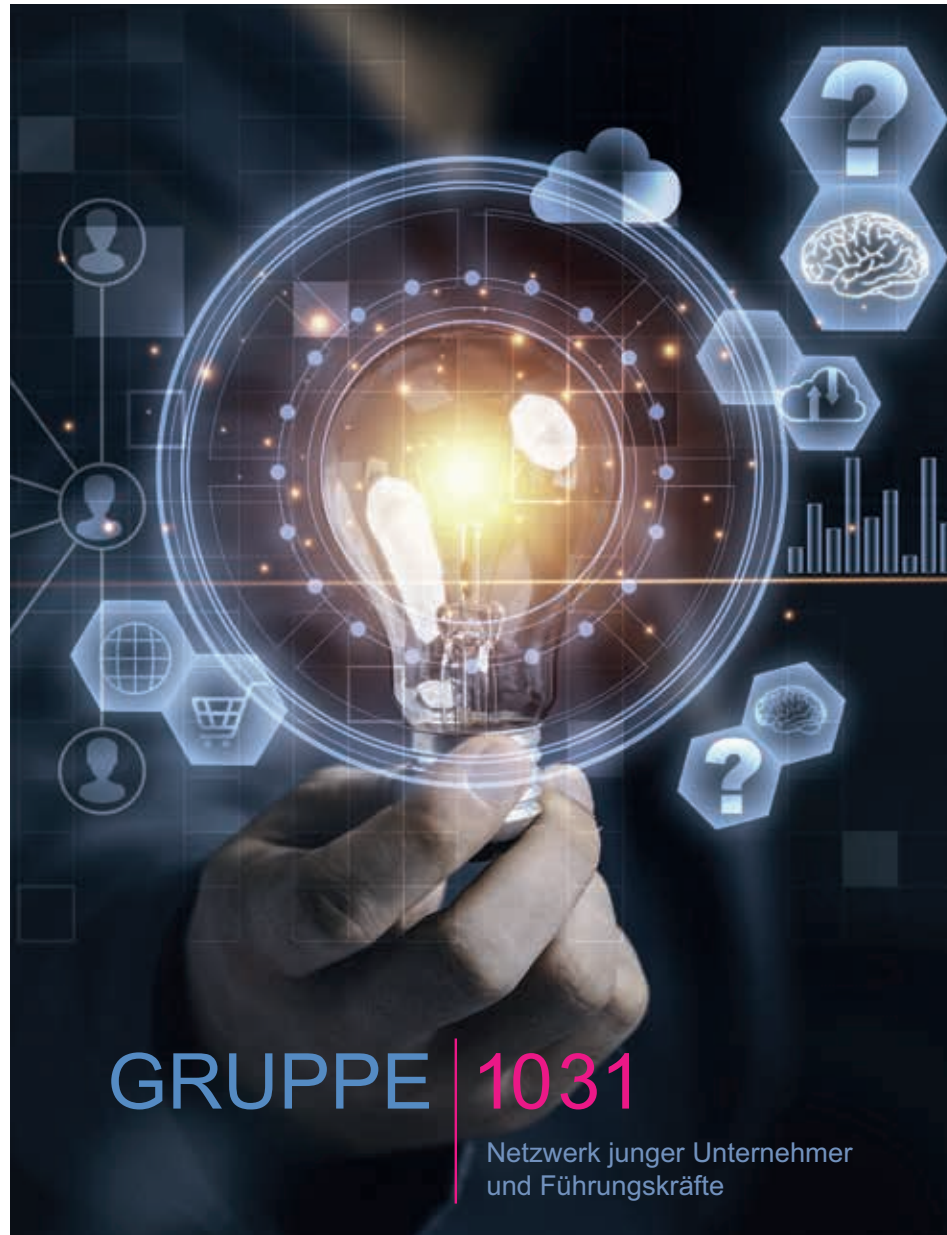
Build – Partner – Buy

Wann es Sinn macht, eine Innovation nicht selbst zu entwickeln, sondern auf bestehende Plattformen aufzuspringen, erklärt Lukas Meusbürger von der gruppe1031. Er ist Managing Partner bei vlabs innovation gmbh.

Viele Unternehmen in Österreich sind Innovationsführer in ihrer Nische. Oft vom Erfindergeist des Gründers angetrieben, werden im ganzen Land innovative Konzepte und Lösungen erdacht, umgesetzt und kommerzialisiert. Es verwundert also kaum, dass Innovation im Land der Hidden Champions regelmäßig damit assoziiert wird, alles von Grund auf selbst zu entwickeln. In einer digitalen Welt, wo Branchengrenzen verschwimmen, offene Plattformen zunehmen und Geschwindigkeit Trumpf ist, bringt dieser Ansatz jedoch erhebliche Nachteile: Eigenentwicklungen kosten potenziell viel Zeit und Geld und sind mit erheblichem Projektrisiko verbunden, insbesondere wenn die Ansprüche der Nutzer von den Lösungen amerikanischer Tech-Konzerne mit Milliardenbudgets geprägt sind.

Anders gesagt: Es kann einem Automobilhersteller eigentlich nicht gelingen, ein besseres Navigationssystem selbst zu entwickeln, als Google mit Maps anbietet. Umgekehrt: Ein Fahrzeug, das mit Google Maps ausgestattet ist, wird dem Nutzer tendenziell sogar ein besseres Erlebnis bieten und die Entwicklungskosten des Herstellers gleichzeitig senken. Volvo geht mit der neuen Marke Polestar aktuell diesen Weg. Dasselbe gilt im Online-Vertrieb: Wenn ich neuartige Produkte und Services online vertreiben will, ist es nicht notwendig, auch den Web-Shop selbst zu entwickeln. Das Rezept vieler erfolgreicher Start-ups beruht teils darauf, nur den Kern der eigenen Lösung von Beginn an selbst zu entwickeln, andere Teile zuzukaufen und erst bei Erfolg weitere Elemente nachzuziehen bzw. diese auf Basis der Rückmeldungen weiterzuentwickeln.

Die gruppe1031 plädiert dafür, dass sich auch etablierte Unternehmen der „Build-Partner-Buy-Frage“ ergebnisoffen nähern und sich klar vor Augen führen, was die wirklichen Differenzierungsmerkmale der eigenen Lösung sind und in welchen Bereichen Technologie lediglich einen Hygienefaktor darstellt. Natürlich sollten dabei Szenarien durchgespielt und



neben den rein technologischen auch strategische Fragen berücksichtigt werden. Im Falle von Google Maps im Auto könnte das Ergebnis auch sein, dass man die digitale Schnittstelle zum Fahrer eben nicht Google überlassen will – die Implikation wäre dann jedoch, aus vollen Rohren auf das Nutzererlebnis zu schießen und nicht eine halbherzige Lösung anzustreben. Ebenso ist eine „Build-Partner-Buy-Entscheidung“ nicht automatisch für

immer und das gilt in beiden Richtungen: Selbst wenn ein Unternehmen zum Schluss kommt, eine Lösung heute selbst bauen zu müssen, weil es keine passende Basis gibt, kann es sein, dass in zwei Jahren ein offenes Software-Framework existiert, das alle Anforderungen besser erfüllt als die vormalig selbst entwickelte, eigene Lösung. Dann sollte man sich nicht zu fein sein, die vergangene Entscheidung zu revidieren.



Es wird jeden treffen

Cyber-Kriminalität wird für Unternehmen zu einem normalen Teil des Alltags. Es braucht dringend Gegenmaßnahmen.

Die JI hat vor kurzem einen nicht medienöffentlichen Austausch zum Thema Cyber-Security organisiert. Die Veranstaltung war bewusst nicht öffentlich – uns ging es um einen ersten, IV-internen Austausch zum Thema, dafür möglichst offen. Denn noch immer ist dieses Thema ein Tabu für manche. Das ist aber kontraproduktiv. Laut einer KPMG-Studie waren im vergangenen Jahr 60 Prozent aller Unternehmen von digitalen Angriffen betroffen. Es wird also ohnehin jeden treffen, es ist nur eine Frage der Zeit. Wir sollten daher dringend offener mit dem Thema umgehen, der simple Erfahrungsaustausch ist schon eine große Hilfe. Großen Dank in diesem Sinne auch an jene Unternehmen, die uns bei unserem Event an ihren Erfahrungen haben teilhaben lassen. Die Berichte waren so spannend wie ein guter Krimi. Zudem war manches Detail auch relativ beruhigend – wenn auch auf etwas verkehrte Weise.

So kann man sich z.B. im Normalfall sicher sein, dass es sich bei den Angreifern um Profis handelt. Bei Ransomware-Attacken haben sie sich das Unternehmen vorher genau angeschaut – die Forderung wird damit nicht unrealistisch sein. Bei der Abwägung, ob tage- oder wochenlangender Stillstand oder die Bezahlung der Angreifer billiger kommt, gewinnt damit oft der „einfache“ Weg. Man zahlt. Dank professioneller Hilfe via Onlinechat unkompliziert. Ein perverserweise gut durchdachtes und funktionierendes Geschäftsmodell. Hier muss unbedingt einiges geschehen. Einerseits müssen wir hier als Unternehmer alles tun, um uns abzusichern. Das Thema Versicherung sollte man dringend beachten und sich schon vor einem Angriff überlegen, wer einem zur Not helfen könnte. Denn eine zentrale Anlaufstelle gibt es in Österreich nicht. Es lohnt sich also sicher, präventiv schon im Vorfeld Kontakte zu privaten Anbietern zu knüpfen. Aber natürlich sollte und müsste auch der Staat mehr tun. Das wird aber aktuell ohnehin breit thematisiert, der Oktober war ja auch der „European Cybersecurity Month“. Am Ende des Tages werden wir uns als Industrie aber auch einfach gegenseitig helfen müssen – selbst die teuersten Schutzmaßnahmen schützen nie zu hundert Prozent. Daher ist es umso wichtiger, sich genau zu überlegen, was man im Ernstfall tun muss, wen man kontaktieren kann, welche Optionen man hat. Und das schon im Vorfeld und eben nicht erst nach einem Angriff.

Herzlichst Euer

Matthias Unger,
Bundesvorsitzender der Jungen Industrie

JI-FACTBOX

In Österreich wünschen sich 78 Prozent der Unternehmen mehr staatliche Unterstützung bei Cyber-Angriffen.

Quelle: KPMG Studie: Cyber Security in Österreich, 2021

IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.at, Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LIVR-Nr.: 00160, EU-Transparenzregister Nr.: 89093924456-06, Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen, industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Chefredaktion: Robert Albrecht, Stefan Tilsner, Lektorat: Brigitte Mayr. Verantwortlich für den Inhalt: Mathias Burtscher, Joachim Haindl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Eugen Stark, Claudia Mischensky, Gernot Pagger, Ingrid Puschautz-Meidl, Michaela Roither, Irene Schulte.

Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich.

Grafik: Petra Matovic, Nina Mayrberger.

Druck: BULU - Buchdruckerei Lustenau GmbH, 6890 Lustenau. Erscheinungsort: Wien. Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-positionen erscheint 10x jährlich in einer Auflage von 8.300.

Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at

Fotos (Cover bzw. Coverstory): Fronius International GmbH, AdobeStock, IV-Burgenland/AdobeStock, IV-Kärnten/Foto Fischer, IV-NÖ/Josef Bollwein, IV-OÖ/Krügl, IV-Salzburg/Kolarik, IV-Steiermark/AdobeStock, IV-Tirol/Land Tirol, IV-Vorarlberg/Andrea C. Plüss, Ulrike Huber, IV-Wien/JI-Wien/J. Geiter

Aus Gründen der leichten Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet.

Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.





V.l.n.r.: IV-NÖ-Präsident Thomas Salzer, Max Mayerhofer (Werbeagentur attack, Herbstkampagne Industrie NÖ), Sarah Fischer (Lehrling) und WKNÖ-Industrie-Spartenobmann Helmut Schwarzl

Salzer: „Aktueller Fachkräftemangel ist nur ein Vorbote“

Mehr als acht von zehn Betrieben haben große Schwierigkeiten bei der Personalsuche. Eine neue Kampagne soll helfen, die NÖ Industrie als Top-Arbeitgeber zu positionieren und vor allem die Jugendlichen besser zu erreichen.

Der Fachkräftemangel in Niederösterreichs Industrie verschärft sich weiter. Mehr als acht von zehn Industrieunternehmen geben in einer neuen Umfrage an, dass sie vom Mangel an qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern betroffen sind. Die Industriellenvereinigung NÖ und die Sparte Industrie der Wirtschaftskammer NÖ halten nun mit einer neuen Imagekampagne dagegen und wollen damit verstärkt Jugendliche für Industriebetriebe begeistern. „Vor allem im MINT-Bereich, also im Bereich Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik, werden Fachkräfte gesucht. Gerade in diesen Bereich entstehen die Jobs der Zukunft. Wir können auch nicht mit einer

Entspannung der Situation rechnen, denn aufgrund der demografischen Entwicklung – Stichwort geburtschwache Jahrgänge und Pensionierungen – ist der aktuelle Fachkräftemangel nur ein Vorbote von dem, was noch kommt“, so IV-NÖ-Präsident Thomas Salzer.

Über 200 Lehrbetriebe mit rund 2.600 Lehrlingen

In der NÖ Industrie gibt es aktuell über 200 Lehrbetriebe mit rund 2.600 Lehrlingen in Ausbildung. „Das vergangene Jahr hat auch gezeigt, dass Industriebetriebe vergleichsweise krisensicher sind, weil die Betriebe selbst im Lockdown weiterproduziert und die Versorgungssicherheit im Land gewährleistet haben“, so Salzer. Darüber hinaus bie-

ten Lehrberufe in der Industrie überdurchschnittlich hohe Verdienstmöglichkeiten. „Es ist nicht unüblich, dass man nach einer abgeschlossenen Industrielehre gleich gut oder sogar besser verdient als nach so manchem Hochschulabschluss. Auch beim Lebenseinkommen haben die ehemaligen Lehrlinge einen klaren Vorsprung“, erklärt Salzer.

Konkret geben 48 Prozent der niederösterreichischen Industriebetriebe an, vom Fachkräftemangel eher stark betroffen zu sein; bereits 33,6 Prozent sind das sehr stark. Zum Vergleich: Im Vorjahr waren 21,7 Prozent der Industriebetriebe sehr stark betroffen. Das Problem verschärft sich also. „Im Vorjahr war jeder fünfte Betrieb von fehlenden Fachkräften sehr stark betroffen. Jetzt ist es jeder dritte. Und wir dürfen nicht zulassen, dass es nächstes oder übernächstes Jahr jeder zweite ist. Das würde unsere Unternehmen massiv zurückwerfen. Und unseren gesamten Wirtschaftsstandort auch“, warnt WKNÖ-Industrie-Spartenobmann Helmut Schwarzl.

Irrglaube, dass Schule mehr bringt als Lehre

Ein Blick auf die Ursachen, die die Industriebetriebe für den Fachkräftemangel sehen, zeigt folgendes Bild:

- Für 57 Prozent der Industrieunternehmen trifft es stark zu, dass es zu wenige fachliche Bewerber gibt.
- Fast 26 Prozent sehen ganz massiv ein zu geringes Interesse an den in der Industrie angebotenen Berufen.
- Und für über 30 Prozent sind Defizite in der Pflichtschulausbildung sehr stark zutreffend.

Man müsse verstärkt Ausbildungswege in das Schaufenster stellen, die in Bildungsdebatten – vor allem aber auch in vielen Familien – leider noch immer nicht jene Beachtung finden, die sie verdienen, so Schwarzl: „Wenn unsere Industriebetriebe gerade Menschen mit Lehrabschluss oder aus der HTL besonders intensiv suchen und brauchen, während es bei den Positionen für AHS-Maturanten tatsächlich ein Überangebot gibt, zeigt das die Diskrepanz. Und trotzdem ist von der AHS-Matura in der Öffentlichkeit noch immer viel öfter die Rede als vom Lehrabschluss. Es ist schlicht ein Irrglaube, wenn zu viele immer noch der Meinung sind, dass Schule mehr bringt als die Lehre. Das stimmt weder bei den Karriereaussichten noch bei den Einkommen.“

„Wer engagiert die besten Bandleader?“

Aufgrund der nach wie vor herrschenden Pandemie konnten in diesem Herbst keine Tage der offenen Tür in der NÖ Industrie stattfinden. Dafür starten IV-NÖ und die Sparte Industrie der WKNÖ nun eine breitflächige Kampagne, um junge Menschen für die Industrie zu erreichen. „Wer spielt eine krisensichere Rolle? Wer engagiert die besten Bandleader? Wer verknüpft Erfolg mit Spannung? Wer auf der Webseite www.in-macht-sinn.at landet, bekommt die Antworten auf alle diese Fragen“, erklärt Max Mayerhofer (Agentur attack), der kreative Kopf hinter der Fachkräftekampagne. Ausgearbeitet wurde die Kampagne von den Agenturen Heavystudios und attack. Neben einem klaren Fokus auf Social Media umfasst die Kampagne auch Großflächenplakate und Inseratsujets.



Sarah Fischer absolviert eine Doppellehre im Bereich KunststoffformgerberIn/Werkzeugbautechnikern im 4. Lehrjahr bei Geberit. Am besten an ihrer Ausbildung gefällt ihr die Abwechslung.

Blackout – Resilienz durch strategische Vorbereitung

Von 22. bis 23. Oktober versammelten sich beinahe 30 Teilnehmer aus interessierten Mitgliedsbetrieben im Rothschildschloss in Reichenau an der Rax, um mehr über das Thema „Blackout“ und seine Folgen zu erfahren.

Gemeinsam mit dem österreichischen Bundesheer und der Polizei organisierte die Industriellenvereinigung Niederösterreich ein zweitägiges Seminar rund um das Thema „Blackout – Resilienz durch strategische Vorbereitung“. Oberst Markus Reisner führte die Teilnehmer in zwei Tagen durch die verschiedenen Programmpunkte rund um das Szenario eines großflächigen und mehrtägigen Stromausfalls. Er betonte, „dass es nicht darum geht, Angst zu schüren, sondern ein ganzheitliches Bewusstsein zu schaffen“. Deshalb wurde im Seminar der Bogen von den allgemeinen Gefahren eines Blackouts, über den Netzbetreiber (APG), die Polizei und schließlich zu den Aufgaben des österreichischen Bundesheeres gespannt.

Zur Einstimmung referierte der internationale Blackout- und Krisenvorsorge-Experte Herbert Saurugg über Abläufe, technische Grundlagen, Lichtinseln und Möglichkeiten zur Vorbereitung auf ein Blackout. Besonders beeindruckend war die Darstellung der

Folgen, welche auch nur ein kurzer überregionaler Stromausfall auf Kommunikation, Verkehr, Versorgung und Lieferketten haben könnte. Am Nachmittag präsentierten Kurt Misak und Gernot Hatzenbichler von der APG (Austrian Power Grid AG) die Maßnahmen seitens des Netzbetreibers, um die Stromversorgung in Österreich jederzeit sicherzustellen.

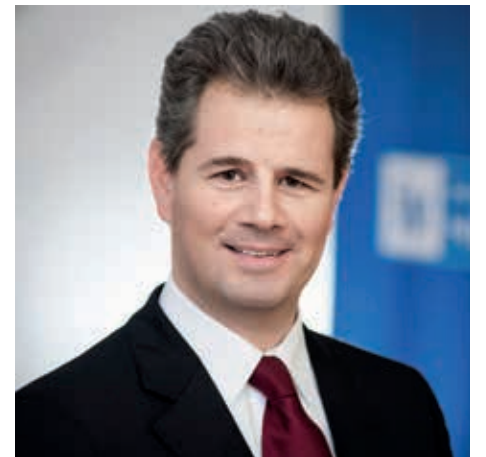
Fakt ist: Das gesamte europäische Stromnetz hängt zusammen und ohne engste Kooperation mit den Nachbarländern würde in Österreich schnell alles zusammenbrechen. Vor allem der Wandel zur erneuerbaren Energie wird das österreichische Stromnetz aufgrund der Produktions- und Verbrauchsspitzen vor noch größere Herausforderungen stellen als bislang. Erfreulicherweise wird in Salzburg aktuell die 380kv-Leitung gebaut, um das Netz resilienter zu machen und die Stromversorgung für alle sicherzustellen. In Zukunft wird es jedoch noch weitere solcher Projekte benötigen, um den ständig wachsenden Anforderungen an das Stromnetz gerecht zu werden. Neue Projek-

te müssten allerdings bei weitem schneller genehmigt werden, als das gegenwärtig der Fall ist.

Wie sich die Polizei auf den Ernstfall vorbereitet, präsentierte Generalmajor Karlheinz Dudek von der Landespolizeidirektion Wien. Am zweiten Tag des Seminars wurde dann mit allen Teilnehmern ein Planspiel durchgeführt. Es galt, mit den im Falle eines Blackouts begrenzten Ressourcen gut zu wirtschaften und teils schwierige Entscheidungen zu treffen, um möglichst lange ein geordnetes Krisenmanagement aufrechtzuerhalten und die Bürger mit lebenswichtigen Gütern zu versorgen.

WEBTIPP

Wer sich selbst einen Plan „B“ – das „B“ steht für Blackout – zusammenstellen will, kann sich unter anderem hier informieren.



Gaspreise: Es ist Fünf nach Zwölf

Dass die Energiekosten ansteigen, bekommen derzeit alle zu spüren. Der aktuelle Gaspreisschock wirkt sich schließlich auch auf alle anderen Energieträger aus.

Das Problem ist hausgemacht, denn auf EU- und nationaler Ebene fehlt eine strategische Energiepolitik. Fakt ist: In Europa ist nicht genug Energie da. Insbesondere Wind- und Solarenergie liefern zu wenig und zu unregelmäßig. China kauft uns zudem die Flüssiggas-Reserven weg. Somit ist der Bedarf an Gas aus Russland massiv angestiegen – und konnte in diesem Ausmaß nicht mehr zu „normalen“ Konditionen gedeckt werden.

Leider hat die Politik die Bedeutung der Energiekosten für die Industrie völlig unterschätzt – das rächt sich jetzt. Energie ist ein strategischer Produktionsfaktor. Vor allem Grundstoffindustrien sind energieintensiv. Wir müssen aber auch ehrlich sein: Die Energiepreise werden sich auf alle Produkte auswirken. Die Lohn-Preis-Spirale wird greifbar.

Selbst bei der Nutzung aller heute bekannten „Öko“-Energie-Potenziale werden wir Energie importieren müssen – zumal der Netzausbau zu langsam erfolgt. Bei der Genehmigung für Öko-Kraftwerke und Energieleitungen prallen Umweltschützer auf Öko-Ideologen und nichts geht weiter. Während die USA oder China strategisch agieren, handelt Europa nicht. Damit ist für Investoren klar: Woanders kann ich Investition besser zurückverdienen als in Europa.

Die Betriebe brauchen zudem Wahlfreiheit bei der Technologie und beim Beziehen ihrer Energieträger. Gerade die Gasinfrastruktur ist einer der wichtigsten Hoffnungsträger für grünes Gas und Wasserstoff. Ein (selbst indirektes) Verbot einzelner Technologien würde nicht helfen, sondern die Engpässe verschärfen und die Preise weiter in die Höhe treiben.

Der Gaspreisschock vom Oktober 2021 zeigt: Es ist fünf nach Zwölf. Die Politik muss schnell und strategisch handeln und sicherstellen, dass es eine wettbewerbsfähige industrielle Basis in Europa gibt. Denn ohne diese geht der Wohlstand rascher flöten, als sich das viele vorstellen können. Und dann fehlt jegliche finanzielle Basis, um Klimaziele zu erreichen – geschweige denn, um die Adaptionskosten des unaufhaltbaren Klimawandels zu stemmen.

Ihr

Thomas Salzer,
Präsident der IV-Niederösterreich



ORDENTLICHE VOLLVERSAMMLUNG DER IV-NÖ

Die IV-NÖ lädt am **25. November 2021** zur Ordentlichen Vollversammlung am Flughafen Wien (Office Park 4, Towerstraße 3).

Start des vereinsinternen Teils ist um 17:00 Uhr, um 18:00 Uhr beginnt der öffentliche Teil inklusive Podiumsdiskussion und Industrieempfang. Nach einer Begrüßung durch den Präsidenten der Industriellenvereinigung NÖ, Thomas Salzer, und Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner findet eine Podiumsdiskussion unter folgendem Motto statt: „**Green Tech, green deal, green industry. Die Industrie als Treiber der Energie- und Mobilitätswende.**“

Es diskutieren:

Ferdinand Habsburg-Lothringen (angefragt – Rennfahrer, Drive Fast Act Faster), Monika Köppl-Turyna (Direktorin EcoAustria) und Radiša Nunić (Director Alternative Fuels bei Worthington Cylinders GmbH)

Moderation:

Jakob Zirm (Stv. Ressortleiter Economist „Die Presse“)

Die Einladung wurde bereits per Mail verschickt. Kontakt für Rückfragen: niederoesterreich@iv.at

TERMIN-AVISO





In der Bioraffinerie Pischelsdorf werden alle Bestandteile des Getreides im Sinne der Bioökonomie und Kreislaufwirtschaft effizient verwertet.

„Die Dekarbonisierung wird uns am meisten fordern“

Markus Mühleisen, der neue Vorstandsvorsitzende der AGRANA, im Gespräch über seinen Einstieg ins Unternehmen, strukturelle Veränderungen in der Unternehmensgruppe und den Weg zur Klimaneutralität.



Markus Mühleisen ist seit Juni 2021 Vorstandsvorsitzender der AGRANA.

Sie sind heuer im Juni auf den langjährigen AGRANA-Chef Johann Marihart gefolgt. Wie ist Ihr Einstieg verlaufen?

Der Einstieg verlief sehr gut und ich bin Herrn Marihart sehr zu Dank verpflichtet. Er war wirklich hilfreich in der Übergabephase.

Gegenüber den Medien haben Sie angekündigt, strukturelle Änderungen bei der AGRANA vorzunehmen. Können Sie dazu schon etwas Genaueres sagen?

Wir wollen jetzt im neu aufgestellten Vorstand und mit dem gesamten AGRANA-Team das nächste Erfolgskapitel in der Geschichte aufschlagen. AGRANA ist mit ihrem diversifizierten Portfolio und den drei Segmenten Frucht, Stärke und Zucker gut und krisensicher aufgestellt. Für jedes Segment gibt es interessante Ansätze für die weitere Entwicklung – so viel habe ich in den ersten Monaten schon gesehen. Darauf lässt sich sehr gut aufbauen und ich sehe Potenzial in jedem Segment. Was ich schon sagen kann ist, dass wir an einer Ergebnisverbesserung und an der Effizienz arbeiten müssen. Mir ist dabei auch eine starke Kunden- und Marktorientierung wichtig.

Das aktuelle Halbjahresergebnis liegt unter der Vorjahresperiode. Dennoch wollen Sie das EBIT des Geschäftsjahres 2021/2022 um bis zu zehn Prozent steigern. Wie soll dieses Ziel erreicht werden?

Richtig, das Ergebnis des ersten Halbjahres 2021/22 lag wie erwartet noch unter Vorjahr. Eine heterogene Geschäftsentwicklung seit dem Ausbruch der COVID-19-Pandemie führte zu Verwerfungen innerhalb der Quartale im Vorjahr, die nun im laufenden Geschäftsjahr teilweise zu gegenläufigen Effekten führen. Nach dem schwächeren ersten Halbjahr gehen wir im zweiten Halbjahr von einer sukzessiven Verbesserung der Ergebnisse aus.

Wie entwickelten sich die einzelnen Segmente im ersten Halbjahr?

Für alle Segmente gilt, dass die höheren Energiepreise die Ergebnisse belasten. Im Fruchtsegment verzeichneten wir bei Fruchtzubereitungen im Vergleich zum ersten Halbjahr des Vorjahres höhere Absätze, bei Fruchtsaftkonzentraten einen schwächeren Verkauf aus der Ernte 2020. Im Stärke-segment konnten die deutlich gestiegenen Rohstoffpreise noch nicht im vollen Ausmaß über angepasste Produktpreise ausgeglichen werden. Im Segment Zucker lagen die Umsätze zwar leicht über Vorjahr, aber geringere Margen führten zu einer schwächeren EBIT-Performance.

Sie haben angekündigt, im laufenden Geschäftsjahr 95 Millionen Euro zu investieren. Welche konkreten Investitionen sind hier geplant?

Nach einigen großen Projekten in den letzten vier Jahren mit Kapazitätserweiterungen und Investitionsvolumina deutlich über Abschreibungsniveau liegen die heurigen Investitionen unter den geplanten Abschreibungen von rund 120 Millionen Euro. Neben regelmäßigen Ersatz- und Erhaltungsinvestitionen über alle Produktionsstandorte hinweg möchte ich für das laufende Geschäftsjahr den Neubau eines Applikationslabors

im chinesischen Fruchtzubereitungswerk in Dachang, die Umrüstung der Energieversorgung in der slowakischen Zuckerfabrik in Sered sowie unsere Effizienzmaßnahmen an den Sprühtrocknungsanlagen in der Kartoffelstärkefabrik in Gmünd hervorheben.

Die Zuckerfabrik in Leopoldsdorf stand im Vorjahr kurz vor dem Aus. Daraufhin haben die Rübenbauern ihre Anbauflächen erweitert, sodass die Produktion weiterlaufen konnte. Wie sehen die langfristigen Perspektiven des Standorts aus?

Vor einem Jahr gelang es durch umfangreiche Aktivitäten, den Rübenbauern eine stabile Perspektive zu geben. Auch heuer bieten wir Verträge mit garantierten Mindestpreisen und offerieren Bedingungen, die den Rübenanbau attraktiv gegenüber anderen landwirtschaftlichen Kulturen machen. Hinzu kommt, dass der Rüsselkäfer kaum Schäden in der Landwirtschaft verursacht hat, das Zuckerpreinsniveau – aus dem sich der Rübenendpreis für die Landwirte ableitet – wieder anzieht und die Anbauvoraussetzungen somit recht gut sind. Faktum ist: Mindestens 38.000 Hektar Rübenanbaufläche werden für einen wirtschaftlichen Betrieb von zwei Zuckerfabriken in Österreich auch in Zukunft notwendig sein.

Wenn Sie drei Dinge am Industriestandort Niederösterreich ändern könnten, was würden Sie tun?

Ich möchte nur ein Thema herausgreifen, das alle Teile der Wirtschaft in den kommenden Jahren mit Abstand am meisten fordern wird: die Dekarbonisierung. AGRANA hat einen ambitionierten Plan, um bis 2050 entlang der gesamten Wertschöpfungskette klimaneutral zu sein. Wir werden dazu viele Maßnahmen in der Produktion umsetzen. In unserem vor- und nachgelagerten Bereich sind wir auf die Zusammenarbeit mit Lieferanten und Kunden angewiesen. Klar ist daher, dass unser aller gemeinsamer Weg zur Klimaneutralität nur durch strategische

Partnerschaften zu erreichen ist. Die Politik sollte dazu F&E-Plattformen und strategische Kooperationen initiieren beziehungsweise unterstützen, um die Dekarbonisierung zu beschleunigen.



Diversifikation: Am Standort der Zuckerfabrik Tulln wird seit 2020 auch natürliches kristallines Betain erzeugt.

AGRANA BETEILIGUNGS-AG

AGRANA veredelt landwirtschaftliche Rohstoffe zu Lebensmitteln und industriellen Vorprodukten. Rund 9.000 Beschäftigte erwirtschaften an weltweit 55 Produktionsstandorten einen jährlichen Konzernumsatz von rund 2,5 Milliarden Euro. Das Unternehmen ist Weltmarktführer bei Fruchtzubereitungen sowie bedeutendster Produzent von Fruchtsaftkonzentraten in Europa und im Segment Stärke bedeutender Produzent von Kartoffel-, Mais- und Weizenstärkeprodukten sowie von Bioethanol. AGRANA ist das führende Zuckerunternehmen in Zentral- und Osteuropa. Markus Mühleisen ist seit Juni 2021 Vorstandsvorsitzender der AGRANA. Zuletzt war er als Deutschland-Chef des dänisch-schwedischen Milchkonzerns Arla Foods tätig. Davor hatte Mühleisen elf Jahre lang Führungspositionen beim Lebensmittelkonzern General Mills in Hamburg. Begonnen hat der studierte Wirtschaftswissenschaftler seine Karriere bei Nestlé Cereals in Frankfurt am Main und in Asien.